

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

I 0150/2026 (BJD)

Interpellation Fraktion GRÜNE: Hitzemassnahmen in öffentlichen Gebäuden?
(24.06.2026)

Der Klimawandel führt auch im Kanton Solothurn zu einer spürbaren Zunahme von extremen Hitzetagen und Tropennächten. Die wissenschaftlichen Prognosen der Klimaszenarien Schweiz (CH2018) zeigen deutlich, dass sommerliche Hitzeperioden künftig intensiver, häufiger und länger ausfallen werden.

Dies stellt auch die Nutzer und Nutzerinnen von öffentlichen Gebäuden – darunter Schüler und Schülerinnen, Lehrpersonen sowie die kantonale Verwaltung – vor erhebliche gesundheitliche und leistungsmässige Herausforderungen.

Bei kantonalen Liegenschaften und Schulhäusern trägt der Kanton Solothurn als Eigentümer und Arbeitgeber eine direkte, gesetzliche Fürsorgepflicht. Hohe Innentemperaturen beeinträchtigen nachweislich die Konzentrationsfähigkeit, das Wohlbefinden und die Gesundheit. Gemäss den Richtlinien des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) müssen am Arbeitsplatz gesundheitlich unbedenkliche raumklimatische Bedingungen herrschen.

Gleichzeitig bietet die Energiewende eine ideale technologische Antwort: Phasen mit dem höchsten Kühlungsbedarf fallen zeitlich exakt mit den Phasen maximaler Solarstromproduktion zusammen. Der Einsatz von lokal produziertem Solarstrom zur Kühlung und Belüftung (z.B. durch Wärmepumpen im Freecooling-Betrieb oder kontrollierte Lüftungen) stellt eine ökologisch und ökonomisch äusserst sinnvolle Synergie dar.

Der Kanton Solothurn muss hier eine aktive Rolle einnehmen und aufzeigen, wie kantonale Gebäude systematisch hitzeresistent und klimafreundlich gekühlt werden können.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche konkreten Messdaten zu Innenraumtemperaturen über 25 °C wurden in den Sommern 2022-2025 in den kantonalen Verwaltungsgebäuden und Kantonsschulen systematisch erfasst? Falls keine Daten erhoben wurden: Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass er seiner gesetzlichen Fürsorgepflicht als Arbeitgeber (gemäss SECO-Richtlinien) nachkommt?
2. Inwiefern wird der sommerliche Wärmeschutz (z. B. durch aussenliegende Beschattung, Fassadenbegrünung, passive Kühlung) in den kantonalen Planungs- und Baustandards verbindlich vorgeschrieben, statt nur empfohlen?
3. Bei welchen kantonalen Bau- oder Sanierungsprojekten der letzten fünf Jahre wurde die Installation von Kühl- oder Lüftungssystemen aktiv mit der Planung von Photovoltaikanlagen auf demselben Gebäude gekoppelt? Wie wird diese Synergie bei künftigen Projekten standardmässig sichergestellt?
4. Existieren für die kantonale Verwaltung und die Kantonsschulen klar definierte Schwellenwerte für Raumtemperaturen, bei deren Überschreitung organisatorische Massnahmen (z. B. Homeoffice-Empfehlungen, angepasste Stundenpläne) ausgelöst werden? Falls nein, werden solche erarbeitet?
5. Wie kann der Regierungsrat die Einwohnergemeinden dabei unterstützen, ihre kommunalen Gebäude – insbesondere Primarschulhäuser – mit nachhaltigen Kühl- und Beschattungssystemen (vorzugsweise in Kombination mit lokalem Solarstrom) nachzurüsten? Ist der Regierungsrat insbesondere bereit, ein Fördergefäss zu schaffen, das die Einwohnergemeinden finanziell und beratend dabei unterstützt?

Begründung 24.06.2026: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: Fischer Marlene, Eggs Janine, Engeler Anna, Flück Heinz, Frey Schär Myriam, Matter-Linder Rebekka, Rohn Alexandra, Schauwecker Christof, Urech Daniel (9)